

WIE POLITISCH IST DER GLAUBE?

von Udo Hahn

Die Frage nach dem Verhältnis von christlichem Glauben und politischem Engagement ist alt. Und die Praxis bis heute geprägt von Konflikten. Die Gratwanderung der Kirchen zwischen Politik machen und Politik möglich machen, zwischen Engagement und Zurückhaltung immer herausfordernd.



Informations-
abend der
Bürgerbewegung
1989 in der
Dresdner Kathedrale,
Oktober
1989

Foto: Picture Alliance/
Fotograf:
Gunter Hübner

Sollten sich die Kirchen in die Tagespolitik einmischen?

„Wenn Kirche manchmal zu beliebig wird, oder zu tagesaktuellen Themen Stellungnahmen abgibt wie eine NGO (Nicht-Regierungsorganisation, Anm. der Redaktion) und nicht mehr die grundsätzlichen Fragen von Leben und Tod im Blick hat, dann wird sie leider auch austauschbar. Ich meine: Klar kann sich

Kirche auch zu Tempo 130 äußern, aber dafür zahle ich jetzt nicht unbedingt Kirchensteuer. Gut, es ist ein freies Land, da kann man alles sicherlich tun und machen. Aber ich glaube, von Kirche erwartet man sich diese sinnhafte Begleitung, diese Antwort auf Fragen, die ich in meinem Alltag habe, vielleicht

auch Trost und Stabilität.“¹ Mit diesen Worten hat Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) in der Bild am Sonntag an Ostern 2025 eine öffentliche Debatte befeuert, die so alt ist wie die Kirche(n). Die immer aktuelle Frage lautet in wenigstens drei Varianten: Soll die Kirche politisch sein? Darf sie sich in die Politik einmischen? Und ist das Christentum überhaupt politisch?

Die Frage nach dem Auftrag der Kirche(n) und ihrer Rolle in der Gesellschaft ist legitim. Sie wird in der Politik immer wieder aufgeworfen. Auch in den Kirchen wird sie gestellt, von Gläubigen wie von Menschen, die sich nicht religiös verorten, und kontrovers diskutiert. Julia Klöckner ist in ihrem Statement differenzierter als die zusammenfassende Schlagzeile: „Bundestagspräsidentin kritisiert politische Botschaften der Kirchen“. Als Christin, katholische Theologin und Bürgerin lieferte sie einen diskussionswürdigen Einwurf. Ihr Debattenbeitrag löste eine wochenlange Kontroverse aus, übrigens auch in der eigenen Partei. So hielt ihr Armin Laschet, der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und frühere Kanzlerkandidat der Union, entgegen: „Kirche war immer politisch... Wer aus der christlichen Botschaft ableitet, dass man die Welt verändern soll(...), dann ist das immer eine politische Botschaft.“ Die Kirche werde mit ihrer Botschaft immer „ein Ärgernis sein, und das ist auch gut so“. Laschet wünscht sich „eine lebendige Kirche, die ihren Beitrag auch leistet zum Zusammenhalt der Gesellschaft“. Der Vorsitzende des CDU-Sozialflügels, Dennis Radtke, kritisierte, die Bundestagspräsidentin wolle den Kirchen Vorgaben machen: „Ich finde es maximal irritierend, dass wir meinen, wir hätten das Recht, die Kirchen zurechtzuweisen und in ihrer Kommunikation auf ihre vermeintlichen Kernaufgaben zurückzudrängen, wie Julia Klöckner das jetzt getan hat.“ Die Kirche habe „das Recht und auch die Pflicht, sich zu Wort zu

melden“.² Ähnliche Voten kamen auch aus der SPD, etwa von Generalsekretär Matthias Miersch: „Christinnen und Christen haben sich immer politisch eingemischt. Und das ist gut so.“ Er sei irritiert, „wenn Christinnen und Christen heute fordern, Kirche solle sich aus politischen Debatten heraushalten“. Und an die Adresse der Union gerichtet: „Das C im Parteinamen verträgt nicht die Aufforderung an Geistliche, keine Stellung zu beziehen und sich auf Seelsorge zu beschränken.“³

Ende Januar 2025, wenige Wochen vor Klöckners Votum, hatten sich die evangelische und die katholische Kirche besorgt über die Pläne der Unions-Fraktion geäußert, notfalls auch mit der AfD weitreichende Änderungen in der Asylpolitik durchzusetzen. „Zeitpunkt und Tonlage der aktuell geführten Debatte befremden uns zutiefst“, schrieben Prälatin Anne Gidion als Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD) und Prälat Karl Jüsten für das Kommissariat der deutschen Bischöfe in einem Brief an die Fraktionen des Bundestags. Die Debatte sei dazu geeignet, „alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten zu diffamieren, Vorurteile zu schüren“, heißt es in dem Schreiben. Mehr noch sehen die evangelische und die katholische Kirche in dem Gesetzentwurf Punkte enthalten, „die unserer Auffassung nach rechts- bzw. verfassungswidrig sind oder geeignet erscheinen, die Grundpfeiler der Europäischen Union zu erschüttern“. Neben inhaltlichen Vorbehalten kritisieren beide Kirchen ausdrücklich, dass die Union riskiert, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein Gesetz mit Stimmen einer vom Verfassungsschutz als rechts-extremer Verdachtsfall eingestuften Partei zu beschließen. Die Fraktionen hätten sich mit der Auflösung der Ampelkoalition darauf verständigt, keine Abstimmungen herbeizuführen, in der die Stimmen der AfD ausschlaggebend seien. „Wir befürchten, dass die deutsche Demokratie massiven Schaden nimmt, wenn dieses politische Versprechen aufgegeben wird“, heißt es in dem Brief.

1 Florian Kain/Burkhard Uhlenbroich: Die Kirche hat wirklich eine Chance verpasst, 20.04.2025. <https://www.bild.de/politik/inland/bundestagspraesidentin-julia-kloeckner-die-kirche-hat-wirklich-eine-chance-verpasst-680366d42793c538f560545c> 20.4.2025 [Stand: 26.02.2026].

2 DIE ZEIT: Julia Klöckner stößt mit Kirchenkritik auf Widerstand, 22.04.2025. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-04/kirche-julia-kloeckner-kritik-armin-laschet> [Stand: 26.02.2026].

3 Ebd.

Mit Transparenten gegen den Paragraphen 218 empfangen junge Frauen Bundesjustizminister Dr. Gerhard Jahn, als er am 2. Juli 1971 im Münchner Künstlerhaus an einer SPD-Frauenveranstaltung teilnahm. Sie forderten den Minister verblichlich auf, eine Solidaritätserklärung der „Aktion 218“ zu unterschreiben oder gar Selbstanzeige zu erstatten. Jahn erwiderte den Demonstrantinnen, dass es eine Reform des Paragraphen 218 geben, eine ersatzlose Streichung jedoch nicht in Frage kommen werde.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Hans Gregor



„Die Kritik nehmen wir an, aber umgekehrt müssen wir auch unsere Meinung sagen dürfen – auch ich als gläubiger Christ“, sagt der CSU-Vorsitzende Markus Söder. Er freue sich, wenn die Kirchen sich engagieren, sagt der bayerische Ministerpräsident und empfahl: „Ich würde mir aber auch bei Fragen, die den Kern des Christentums berühren, eine lautere Stimme der Kirchen wünschen – beispielsweise beim Lebensschutz und beim Paragrafen 218.“⁴

Dass sich die Kirche einmischen muss, unterstreicht der katholische Theologe Thomas Söding: „Die Kirche ist von ihrem Ursprung her politisch, auch wenn sie nicht um der Politik willen gegründet worden ist. Diesen Auftrag nimmt sie wahr, immer in Kontakt mit den Herausforderungen der Zeit. Auf der einen Seite haben wir einen starken sozial-ethischen Anspruch. Auf der anderen Seite sind wir entschieden für die Freiheit des einzelnen Menschen,

gerade dann, wenn es sich um vulnerables Leben handelt.“⁵

Die hessen-nassauische Kirchenpräsidentin Christiane Tietz weist darauf hin, es sei eine Aufgabe der Kirche, den Staat an seine Aufgabe zu erinnern: „Die Würde der Menschen zu achten, für Recht, Gerechtigkeit sowie Frieden und Freiheit zu sorgen.“ Und wenn die Politik dann Kritik von der Kirche zu hören bekomme, sei das nicht parteipolitisch, auf Linie einer bestimmten Partei, sondern eine Erinnerung an die Grundwerte unseres Zusammenlebens.⁶

Politische Äußerungen werden auch innerhalb der Kirchen kritisch gesehen. Der evangelische

4 Epd: Söder: Kirchen zu leise bei Paragraph 218, 13.02.2025. <https://www.evangelisch.de/inhalte/239352/13-02-2025/streit-um-kirchenkritik-union-soeder-kirchen-zu-leise-bei-paragraph-218> [Stand: 26.02.2026].

5 Taz: Die Kirche muss sich einmischen, 15.07.2025, <https://taz.de/Katholik-ueber-Kirche-und-Politik/!6100265/> [Stand: 26.02.2026].

6 Sonja Süß: Dürfen die Kirchen der CDU die Leviten lesen?, 05.02.2025. <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/kritik-an-migrationspolitik-duerfen-die-kirchen-der-cdu-die-leviten-lesen-v1,rhein-kirche-100.html> [Stand: 26.02.2026].

Theologe Reiner Anselm warnt immer wieder vor einem zu hohen Eindeutigkeitsanspruch der Kirche. Wo Religion sich zu sehr ins Politische begeben, drohe sie, Politik zur Religion zu machen.⁷ Sein Kollege Ulrich Körtner wünscht sich von den Kirchen „etwas mehr Demut“. Sie träten als eine Art Lobbyinstitution auf und stünden in der Gefahr, ihre gesellschaftliche Stellung und ihre Rolle in der Politik zu überschätzen. Aufgabe der Kirche sei vielmehr, „etwas Grundlegendes zur politischen Kultur zu sagen und zu den Spielregeln einer modernen Demokratie und weniger zu der Frage, soll jetzt der Dieselmotor bis 2030 abgeschafft werden oder nicht?“⁸

Die biblische Botschaft war schon immer politisch

Der Anspruch auf Weltgestaltung („Suchet der Stadt Bestes“, Jeremia 29,7) ist mit dem Christentum immer schon verbunden gewesen. Themen wie Gerechtigkeit und Frieden, Einsatz für die Armen und die Begrenzung der Macht durch das Recht, sind kirchliche Anliegen. Im Mittelpunkt der biblisch-theologischen Grundlagen, die anzuführen sind, steht die Gottebenbildlichkeit des Menschen, wie sie in der Schöpfungserzählung zu Beginn der Bibel zum Ausdruck kommt: „Und Gott schuf den Menschen nach seinem Bilde; zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.“ (1. Mose 1,27). Die Bibel verkündet die von Gott allen Menschen geschenkte Würde. Sie widerspricht damit jeder Ideologie, dass bestimmte Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion weniger wert seien als andere.

In der Hebräischen Bibel – die Kirchen nennen sie Altes Testament –, gibt Gott seinem Volk die Zehn Gebote. Diese sollen lebensfördernd wirken, genauer: Recht und Gerechtigkeit wahren und die Schwachen schützen. Denn Gott selbst hat

an seinem Volk so gehandelt. Diese Urerfahrung wird in der Hebräischen Bibel immer wieder erinnert. Sie leitet auch die Zehn Gebote ein: „Ich bin der Herr, dein Gott, der dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt hat. Du sollst neben mir keine anderen Götter haben.“ (2. Mose 20,2 f). Deshalb stehen Menschen, die von Missachtung, Diskriminierung oder Ausgrenzung bedroht sind, selbstverständlich unter Schutz. „Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“ (3. Mose 19,33f). Dieser Schutz – „Gott behütet die Fremdlinge“ (Psalm 146,9) – schließt die rechtliche Dimension ein, keine Gewalt gegen Fremde auszuüben (Jeremia 7,6).

Im biblischen Kontext lässt sich zeigen, dass es hier nicht um abstrakte Forderungen geht. Sie zielen darauf, dass der Einzelne Verantwortung übernimmt, weil er sich selbst im Hilfesuchenden und Schutzbedürftigen erkennt. Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm spricht deshalb von einer „Ethik der Einfühlung“. Es ist eine menschliche Qualität, sich einfühlen zu können: „Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisset um der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid.“ (2. Mose 23,9). Das Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18) leitet sich davon ab und erfährt in der expliziten Erwähnung der Fremdenliebe (3. Mose 19,34) eine Präzisierung. Das Liebesgebot wird als Summe aller jüdisch-christlichen Ethik in der Übersetzung Martin Bubers besonders gut sichtbar: „Liebe deinen Nächsten, denn er ist wie du.“

Oder mit den Worten Jesu im Neuen Testament: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Das ist das Gesetz und die Propheten.“ (Matthäus 7,12). Die Quintessenz der Bibel. Im Volksmund wird die „Goldene Regel“ so erinnert: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“ Diese Haltung prägt das Denken Jesu – von den Seligpreisungen der Bergpredigt (Matthäus 5) bis hin zu Jesu Gleichnis vom Weltgericht (Matthäus 25,39-46): Hungrige speisen, Durstigen zu trinken zu geben, Fremde gastfreundlich aufnehmen und Nackte bekleiden – sind nur einige Werke der Barmherzigkeit.

7 Pressestelle der Evangelischen Akademie Tutzing: Wie politisch ist das Christentum?, 16.08.2023, <https://www.ev-akademie-tutzing.de/wie-politisch-ist-das-christentum/> [Stand: 26.02.2026].

8 Evangelische Akademie zu Berlin: Klassische Funktion der Akademien fehlt. Interview mit Ulrich Körtner, 29.08.2017, <https://www.eaberlin.de/aktuelles/2017/interview-ulrich-koertner/> [Stand: 26.02.2026].

Das Neue Testament charakterisiert diese Haltung so: „Seid untereinander gesinnt, wie es dem Leben in Christus entspricht“ (Philipper 2,5). In der Nachfolge dieses Urbildes ist es möglich, Gutes von Bösem zu unterscheiden und dem Bösen zu widerstehen (1. Thessalonicher 5,22) sowie das Böse mit Gutem zu überwinden (Römer 12,21). Christinnen

in letzter Konsequenz und Instanz vor Gott verantworten muss. So steht nicht mehr der Kaiser an erster Stelle, sondern Gott. Kein irdischer Herrscher kann sich demnach mehr absolut setzen. Folglich wird irdische Herrschaft, die göttliche Allmacht behauptet, kritisiert.



Christen und Christinnen demonstrieren vor dem Hauptsitz der US-Behörde ICE am Aschermittwoch, Februar 2026. Foto: Picture Alliance/Fotograf: Gina M Randazzo

und Christen sind aufgerufen, Gottes Freundlichkeit gegenüber allen Menschen zu zeigen (Philipper 4,5). Die Früchte einer solchen Haltung sind Liebe, Freude, Frieden, Geduld, Güte, Sanftmut und Selbstbeherrschung (Galater 5,22). Der christliche Glaube – so sein Selbstverständnis – entfaltet diese verbindende Kraft nicht nur innerhalb der Kirche, sondern auch im Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

Die biblische Botschaft, so könnte man sagen, war schon immer politisch. Und politisches Handeln erfolgte immer im zeitbedingten Kontext. Das Christentum entwickelte sich in einer Welt, die von einer universellen politischen Religion geprägt ist: dem Kaiserkult. An dieser Stelle – am Absolutheitsanspruch – entzündete sich letztlich der Konflikt mit dem christlichen Glauben. Dabei gehorchen Christen der Obrigkeit und beten für diese, also den Kaiser. Aber sie gehorchen einer Obrigkeit, die sich

Besonders in Zeiten des Unrechts trägt die Kirchengemeinde politische Verantwortung

Staat und Politik „enthüllen sich in einem radikalen Sinn als menschliche Schöpfung, als ‚Menschenwerk‘. Das Politische ist nichts Göttliches. Es wird – christlich gesprochen – zu sich selbst, zu seinen irdischen Zwecken befreit“, so der katholische Religionsphilosoph Hans Maier.⁹

Der Konflikt, wie er im Altertum entstand, findet seine Fortsetzung bis heute. Die „Redivinisierung“ des Staates zeigt sich in totalitären Systemen

9 Hans Maier: Entgöttert?, 30.08.2017, <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/entgoettert> [Stand: 26.02.2026].

wie Kommunismus und Nationalsozialismus. Es ist nicht zufällig, dass diese Gewaltregime von einem Personenkult geprägt sind.

Das Christentum machte politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen, so Hans Maier. Jeder Versuch einer Vergöttlichung politischer Herrscher erscheint – zugespitzt formuliert – als Blasphemie. Erst der moderne Verfassungsstaat schafft eine Ordnung mit klaren Verantwortungsräumen und Verantwortungszeiten – und Kontrollinstanzen. Verantwortliche Regierung (*responsible government*), das Prinzip der Rechenschaftspflicht, bildet das Fundament der parlamentarischen Demokratie.

Vor diesem Hintergrund sehen die Kirchen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich zu politischen Fragen zu äußern. Wie das geschieht und wo die Grenzen gesehen werden, das ist durchaus umstritten.

Der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), der wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet wurde, sprach ausdrücklich von einer politischen Verantwortung der Kirche. „Es gehört zum Wächteramt der Kirche, Sünde Sünde zu nennen und die Menschen vor der Sünde zu warnen.“¹⁰ Ferner gehöre es „zur Verantwortlichkeit des geistlichen Amtes, daß es die Verkündigung der Königsherrschaft Christi ernst nimmt, daß es auch die Obrigkeit in direkter Ansprache in aller Ehrerbietung auf Versäumnisse und Verfehlungen, die ihr obrigkeitliches Amt gefährden, aufmerksam macht“.¹¹ Wo aber der Staat zum Unrechtsstaat werde, da hätten Christen Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Die politische Verantwortung des Einzelnen, der sich in seinem Gewissen vor Gott gebunden wisse, könne bis zum Widerstand gegen die Staatsgewalt reichen. Begründet und begrenzt aber wird die politische Verantwortung der Kirche nach Bonhoeffer allein durch das Evangelium. Die Aufgabe des Predigers sei es nicht, „die Welt zu verbessern, sondern zum Glauben an Jesus Christus zu rufen, die Versöhnung durch ihn und seine Herrschaft zu bezeugen. Nicht die Schlechtigkeit

der Welt, sondern die Gnade Jesu Christi ist das Thema der Verkündigung.“¹² Das Evangelium hat aber als solches eine politische Dimension, insofern es das Kommen des Reiches Gottes bezeugt und die Begrenzung aller irdischen Mächte und Gewalten durch Gott verkündigt.

In dieser Eindeutigkeit haben in der Zeit der Diktatur des Nationalsozialismus nur wenige argumentiert. Ungeachtet des Einsatzes Einzelner wie bestimmter Widerstandsgruppen (u.a. Weiße Rose) war es nicht gelungen, in den Kirchen als verbindliche institutionelle Festlegung einen Konsens zu erzielen, was mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar ist.

„Rechtsextremes Gedankengut ist mit christlicher Theologie unvereinbar“

Rechtsextremismus, das ist in den Kirchen längst Konsens, verletzt alle wesentlichen Grundsätze, die das Christentum in anthropologischer und ethischer Perspektive ausmachen – und verlangt aus dieser Perspektive entschiedenen Widerspruch, wenn diese Festlegungen ignoriert bzw. geleugnet werden: die Gleichheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes, ihre Gottebenbildlichkeit, die biblische Ethik der Einfühlung gegenüber Bedürftigen, zu denen die Fremden gehören, sowie die grundsätzliche Überschreitung von sozialen und ethnischen Grenzen.

Rechtsextremes Gedankengut ist geprägt von einem antipluralistischen, antidemokratischen und autoritären Gesellschaftsverständnis. Politischen Ausdruck findet es in Bemühungen, den Nationalstaat zu einer autoritär geführten „Volksgemeinschaft“ in einem rassistischen Sinn umzugestalten. Der Staat als freiheitliche Demokratie mit den im Grundgesetz verbrieften Menschenrechten wird deshalb abgelehnt und bekämpft.

Um es klar zu sagen: Rechtsextremes Gedankengut ist mit christlicher Theologie unvereinbar. Dies gilt prinzipiell und ohne Ausnahme für alle menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland, die unter „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“

10 Dietrich Bonhoeffer: Ethik, hg. v. Eberhard Bethge, München 1992, S. 350.

11 Ebd.

12 Ebd.

Zum Gedenken an die vor 70 Jahren ermordeten Widerstandskämpfer Sophie Scholl, Hans Scholl und Christoph Probst von der „Weißen Rose“ feiern am 22. Februar 2013 der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, und der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm, in der Kirche auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stadelheim einen Gottesdienst.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Claus Schunk



zusammengefasst werden. Dazu gehören u.a. Rassismus, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Homophobie. Ihr gemeinsamer Kern: die Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Im Lichte der biblisch-theologischen Grundlagen folgt für Christinnen und Christen die Verpflichtung, gegen jedwede Abwertung und Missachtung von Menschen aufzustehen und für die Würde aller einzutreten. Dieses Engagement ist umso notwendiger, da rechtsextreme politische Kräfte erneut versuchen, christliche Traditionen und Werte für ihre Zwecke zu instrumentalisieren – wenn sie etwa die Parole von der „Rettung des christlichen Abendlandes“ ausgeben.

Die Inanspruchnahme der christlichen Religion durch Rechtspopulisten ist diffus. Die Stoßrichtung ist nicht religiöser, sondern im Kern politischer Art, wenn es etwa um die Einheit der Nation, die Gemeinschaft des Volkes oder die Beschwörung eigener kultureller Größe geht. Religion bleibt ein inhaltsleerer Identitätsbegriff. Es geht gar nicht um Frömmigkeit – und schon gar nicht um Verantwortung aus einem an der Bibel orientierten Glauben. Aus christlicher Perspektive muss man klar sagen: Ein Christentum, das der nationalen Identitätsstabilisierung dienen soll, wird missbraucht. Es wird seiner universalen,

Länder, Völker und Nationen überschreitenden Perspektive beraubt. Religiös aufgeladen und überhöht werden hingegen die Vorstellungen von Nation, Volk und Kultur.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Bündnisse für Toleranz, zum Schutz der Menschenwürde und gegen Rechtsextremismus auf Bundes- und Länderebene sowie in den Kommunen entstanden, auf Initiative der Kirchen und mit ihrer maßgeblichen Unterstützung.

Menschenwürde und Toleranz sind christliche Werte – und nur in einer Demokratie zu verwirklichen

Zum Lernen aus der Geschichte gehört auch, dass die evangelische Kirche ihr Verhältnis zur freiheitlichen Demokratie – zum Staat des Grundgesetzes – klärt. Dieser Prozess nahm vierzig Jahre in Anspruch, ehe der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 1985 eine wegweisende Denkschrift vorlegt.

Auch bei diesem Thema muss der Bogen über die NS-Diktatur hinaus in die Weimarer Republik gespannt werden. Dass die erste deutsche Demokratie

scheiterte, wird meist mit der Beobachtung verbunden, Weimar sei eine „Demokratie ohne Demokraten“ gewesen. Auch hier tragen die Kirchen eine Mitverantwortung.

Diese Denkschrift von 1985 steht unter dem Titel: „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe.“¹³ Erstmals erfährt die Staatsform der liberalen Demokratie eine eingehende Würdigung durch die evangelische Kirche. Ihre Zustimmung zur Demokratie schließt die Überzeugung ein, dass die politische Ordnung „verbesserungsfähig und verbesserungswürdig“ ist.

Demokratie im evangelischen Verständnis heißt mit den Worten der Denkschrift: „Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet. Den demokratischen Staat begreifen wir als Angebot und Aufgabe für die politische Verantwortung aller Bürger und so auch für evangelische Christen. In der Demokratie haben sie den von Gott dem Staat gegebenen Auftrag wahrzunehmen und zu gestalten.“¹⁴

Die Wertschätzung der Demokratie ist darin begründet, dass zu ihren Grundelementen die Achtung der Würde des Menschen sowie die Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit gehören, aus denen das Gebot politischer und sozialer Gerechtigkeit folgt. Wie der demokratische Staat seinen Auftrag wahrnimmt, darin ist eine Nähe zum christlichen Menschenbild erkennbar. „Nur eine demokratische Verfassung kann heute der Menschenwürde entsprechen“¹⁵, heißt es in der Denkschrift.

Zu den Vorzügen der Demokratie rechnet die Denkschrift auch die Toleranz als ein „grundlegendes Strukturmerkmal“. Ausdrücklich gewürdigt werden u.a. das Rechtsstaatsprinzip, die Grundrechte und die Gewaltenteilung. Zusammenfassend heißt es:

13 Evangelische Kirche Deutschland: Evangelische Kirche und die freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, Gütersloh 1990, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/evangelische_kirche_und_freiheitliche_demokratie_1985.pdf [Stand: 26.02.2026].

14 Ebd., S. 12.

15 Ebd., S. 14.

„Keine heute bekannte Staatsform bietet eine bessere Gewähr, die gestellten Probleme zu lösen, als die freiheitliche Demokratie.“¹⁶

In den Stellungnahmen der evangelischen Kirche seither und auch in denen, die im ökumenischen Kontext entstanden sind, ist das Bewusstsein für den Wert der Demokratie weitergewachsen. Das politische Engagement der Kirchen bleibt eine verpflichtende Aufgabe. Sie ist geprägt von dem Willen, aus den Irrtümern unserer Geschichte zu lernen.

Bis heute müssen sich die Kirchen den Vorwurf gefallen lassen, sie hätten in der Diktatur des Nationalsozialismus versagt. Mir scheint, ihr politisches Handeln ist seither von einem Trauma geprägt: sich nicht noch einmal vorwerfen lassen zu wollen, sie hätten nicht früh genug und nicht entschieden genug ihre Stimme erhoben. Im Lichte dieser Sorge lässt sich m.E. manche Stellungnahme und manches Votum kirchlicher Verantwortungsträger erklären.

Kirchen als politisches Forum

„Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen.“ In ihrem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland im Jahre 1997 („Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Ziff. 4) haben die evangelische und die katholische Kirche eine programmatische Aussage getroffen, die ihnen viel Spielraum lässt.

Der ehemalige Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, konkretisiert diesen Rahmen wie folgt: „Für Menschen, die vom christlichen Glauben her öffentlich Position beziehen, muss klar sein: Es gibt eine Ebene der Verbindlichkeit bei den Grundorientierungen, die nicht einfach beliebig zur Disposition gestellt werden kann. Darunter würde ich etwa die biblische Option für die Armen rechnen oder den Vorrang der Gewaltfreiheit, aber auch die mit der Gottebenbildlichkeit gegebene Gleichheit. Die Diskussionen aber um die Frage, wie diese Grundorientierungen im Leben von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Gestalt gewinnen können, müssen aber in einem ergebnisoffenen Diskurs geführt

16 Ebd., S. 40.



Eindeutige Parteinahme auch durch die evangelische Kirche: Mehrere tausend Menschen demonstrieren zum „Fest der Demokratie“ gegen die Neugründung einer AfD-Jugendorganisation, Gießen, 29. November 2025.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Paul-Philipp Braun

werden. Sachauseinandersetzungen können nicht mit einer moralischen Keule beendet werden. Wo die Beiträge sich als christlich gegründete Beiträge verstehen, müssen sie sich allerdings auch daran messen lassen, ob sie den damit verbundenen Grundorientierungen entsprechen.“¹⁷

Die Wahrnehmung dieses Auftrags der Kirchen ist mehr und mehr davon geprägt, dass viele Menschen keine eigenen, persönlichen Erfahrungen mit dem kirchlichen Leben haben, sondern die Kirchen nur noch über die Medien wahrnehmen. Da sich diese mehr für Statements kirchlicher Leitungspersonen zu (tages-) politischen Themen interessieren und kaum für Theologie und Frömmigkeit, entsteht eine Fehlwahrnehmung, die Kirche sei politisiert, beobachtet der evangelische Theologe Johann Hinrich Claussen. Dies werde von interessierten Kräften bestärkt. „Die evangelische Kirche ist für Rechtspopulisten und Rechtsextreme zu einem Feindbild geworden und wird massiv angegriffen.

Dazu gehört, dass man versucht, sie mundtot zu machen. Es geht nicht um berechtigte Kritik im Einzelnen, sondern um gezielte Totalentwertung. Es ist nicht zu übersehen: Die AfD, nicht nur in den neuen Bundesländern, betreibt eine Fortsetzung der Anti-Kirchen-Politik der SED. Sie will die Kirche als Institution, die öffentlich für christliche Humanität eintritt, ins Schweigen abdrängen“, so Claussen.¹⁸

Das gesellschaftspolitische Engagement der Kirchen gleicht einer Gratwanderung, auf der Absturzgefahr besteht. Die Kirchen müssen eine Balance finden aus „Nächstenliebe und Nüchternheit, Barmherzigkeit und Besonnenheit“ (Johann Hinrich Claussen). Und sie müssen wieder mehr zu einem Forum werden und als solches wahrgenommen werden, in dem viele unterschiedliche Positionen und Sichtweisen eine Verständigung suchen. Davon hätten alle etwas: Politik und Gesellschaft – und auch die Kirchen. ▲

17 Heinrich Bedford-Strohm: Öffentliche Theologie. Impulse zum Weiterdenken, Tutzing 2023, S. 3, https://www.ev-akademie-tutzing.de/wp-content/uploads/2023/08/HBS_Schlussimpuls.pdf [Stand: 26.02.2026].

18 https://chrismon.de/kolumnen/kulturbeutel/56916/ist-die-kirche-zu-politisch-wem-die-debatte-nutzt?mtm_source=google&mtm_medium=cpc&mtm_campaign=chrismon&mtm_content=8mtm_kwd=8gad_source=1&gad_campaignid=22287722060&gclid=EAlaIqobChMI7PWR5630kgMVCGBBAh2snBzEAYASAAEgl5J_D_BwE [Stand: 26.02.2026].